



Die Stadt wollte in Lehm bach neues Gewerbe ansiedeln. Danach sieht es nun nicht mehr aus. BILD: ARLINGHAUS

Lehm bach ist Überschwemmungsgebiet

BEZIRKSREGIERUNG Umstrittenes Gelände steht nun unter Schutz

VON THOMAS RAUSCH

Rösrath. Die Bezirksregierung Köln hat das umstrittene Gelände in Lehm bach als Überschwemmungsgebiet unter Schutz gestellt. Sie hat die „vorläufige Sicherung“ des Überschwemmungsgebietes der Sülz, der Lindlarer Sülz und der Kürtener Sülz bekannt gegeben. Aus den beigegefügt Karten ergibt sich, dass auch die Fläche des Bebauungsplans 89 zum Überschwemmungsgebiet zählt. Dort wollte die Stadt Rösrath zunächst weiteres Gewerbe ansiedeln, sie löste damit Bürgerproteste aus; nach negativen Stellungnahmen der Wasserbehörden sprach sich die Stadtverwaltung aber dagegen aus. Der von ihr vorgeschlagene

Beschluss, das Bebauungsplan-Verfahren einzustellen und auf die neuen Gewerbeflächen zu verzichten, wurde im Planungsausschuss Ende September vertagt (wir berichteten). Die FDP hatte die Vertagung beantragt, sie wollte noch abwarten, bis der Aggerverband die Überschwemmungsgefahr genauer untersucht hat.

Die Frage ist nun, ob diese Untersuchung überflüssig geworden ist. Mit der „vorläufigen Sicherung“ des Überschwemmungsgebietes der Sülz ist das Gelände in Lehm bach noch nicht in die Karte für die Überschwemmungsgebiete im gesamten Regierungsbezirk aufgenommen. Diese offizielle Karte wird in etwa zehnjährigem Rhythmus neu herausgegeben, die

„vorläufige Sicherung“ ist eine Ergänzung – noch vor der Neuherausgabe der Karte. Flächen, die in der offiziellen Karte verzeichnet sind, dürfen nicht bebaut werden. Nach Aussagen des Vereins „Lebenswertes Sülztal“ hat die „vorläufige Sicherung“ die gleiche rechtliche Wirkung wie die Aufnahme in die Karte. Im Klartext: Die Bebauung und damit die Gewerbeansiedlung auf der Fläche in Lehm bach ist rechtlich nicht mehr möglich. Vereinsvorsitzender Klaus Hasbron-Blume fordert daher, das Verfahren für den Bebauungsplan 89 unverzüglich zu beenden. Eine Stellungnahme der Bezirksregierung war am Freitagnachmittag zunächst nicht zu erhalten.